

# Arbeiterstimme

Zeitung der Kommunistischen Partei Deutschlands (Sektion der Kommunistischen Internationale) Verlag: Ollachien

1. Jahrgang

Dresden, Donnerstag den 16. Juli 1925

Nummer 79

## Schubzölle für die Unterwerfung

Einigung über die Antwortnote an Frankreich in der Reichsregierung — Schubzölle der Kaufpreis der Deutschnationalen

Seitens fand in Berlin eine Sitzung des Reichstages statt, welche sich mit der Antwortnote an Beland beschäftigte. Die Sitzung dauerte bis zum Nachmittag. Demnach es zu einer vollständigen Einigung des Reichstages über den Inhalt der Note wird zwar noch nichts mitgeteilt, da der auswärtige Ausschuss des Reichstages erst am Freitag den 18. Juli die Note zu beschließen hat. Der Reichstag ist auf Freitag vormittag 10 Uhr einberufen.

Die Reichsregierung wird sicherlich nochmals nationale Standpunkte aufweisen. Jedoch wird man um die Unterwerfung nicht herumkommen. Das „Berliner Tageblatt“ spricht von der Bereitschaft, in den Völkerverbund einzutreten. Ebenso spricht man vom Beitritt zum Sicherheitspakt.

Die Bereitschaft der Deutschnationalen hat man erlaubt durch das Versprechen der Verabschiedung der Zölle nach den Ferien.

Am Dienstag vormittag fand eine Besprechung der Vertreter der Regierungsparteien über die Behandlung der Zollvorlage im Reichstag statt. Es wurde festgestellt, daß an der schleunigsten Verabschiedung der Vorlage, auf der Zoll noch vor den Reichstagsferien, festgehalten werden muß.

Besonders wichtig ist die ausdrückliche Erklärung der Reichsregierung, daß sie auf der Einführung der Agrarmindestzölle beharre und daß ohne sie die Zollvorlage für die Regierung unannehmbar sei. Alle irgendwie gearteten Änderungen, wie gleitende Zölle, Bereitschaftszölle und Verhandlungszölle, müsse die Regierung ablehnen.

Es ist klar, daß diese ausdrücklichen Erklärungen gegen alle Kompromisse nur dazu dienen, die Deutschnationalen bei der Stange zu halten. Die Angriffe gegen Stresemann müssen eingestiftet werden, wenn die Regierung mit ihrer Antwort Erfolg schinden will.

Diese Einigung ist erfolgt. Die Arbeiter und Angestellten zahlen die Kosten. Die Deutschnationalen haben die magere „nationale Ehre“ gegen letzte Zölle „geopfert“.

Arbeiter, Angestellte, Beamte! Ihr habt die Lasten zu tragen.

Jetzt erst recht gilt es, die Einheitsfront gegen Kriegsgeld, den Steuerraub und Zollwucher herzustellen.

Organisiert als Antwort auf die Maßnahmen des Zollfinanziers Luther den gewaltigen Aufmarsch am 26. Juli und 2. August.

Bildet Einheitskomitees in den Betrieben. — Rüffet zur Demonstration!

## Schafft die Einheitsfront!

Für den 26. Juli und zum 2. August, dem Jahrestag des furchtbaren imperialistischen Massenmordes, ruft die Kommunistische Partei die Arbeiter auf, in gewaltigen Massenaufmärschen gegen die neuen drohenden imperialistischen Kriege, gegen Steuerraub und Zollwucher zu demonstrieren.

Die Gefahren gewaltiger kriegerischer Auseinandersetzungen, bei denen die Arbeiter wiederum ihre Haut zu Markte tragen sollen, stehen als Folge der Zulassung der imperialistischen Gegenläufe ernst auf der Tagesordnung. Die Pläne der Imperialisten, durch finanzielle Verflechtung und koloniale Unterdrückung die überwiegende Mehrheit der Bevölkerung der Erde durch wenige moderne „Kulturstaaten“ auszubeuten, verschärfen nur die Gegensätze zwischen den hochentwickeltesten kapitalistischen Staaten und den ausgebeuteten Halbkolonialländern einerseits und den Imperialisten untereinander.

Immer deutlicher treten die Gegensätze zutage, immer mehr verschärfen sich der Konfliktstoff. Das gespannte Lage in China und der offene Konflikt in Marokko hat das Wetterleuchten gewaltiger Erschütterungen und Krisen, in denen der Weltkapitalismus sich befindet. Die militärischen Rüstungen der kapitalistischen Mächte, die drohende und feindselige Haltung Englands, die verstärkte Antievolutionsbewegung finden den Krieg gegen Sowjetrußland, bei dem Deutschland das Durchmarsch- und Aufmarschgebiet sein wird, mit aller Deutlichkeit an. Dem deutschen und dem internationalen Proletariat sind gewaltige Aufgaben gestellt. Den Krieg gegen Sowjetrußland zu verhindern, den Angriff auf diesen Stützpunkt der Weltrevolution abzuwehren, das ist die historische Aufgabe, die die Arbeiterklasse zu erfüllen hat. Daß die Arbeiterklasse aller Länder in diesem Kampfe sich nur auf die Kommunistische Partei verlassen kann, lehrt die Vergangenheit und zeigen praktisch die Vorgänge in Frankreich. Verlassen von den Sozialdemokraten und Plebisozialisten aller Spielarten, führt das französische Proletariat unter der Führung unserer Bruderpartei den Kampf gegen die eigenen Imperialisten.

Die Abwehr des Angriffs der internationalen kapitalistischen Mächte auf Sowjetrußland erfordert jedoch die Mobilisierung der breiten Massen des Proletariats. Der Kampf der KPD gegen die sich steigende imperialistische Kriegsgefahr muß deshalb zum Ausgangspunkt für die Herbeiführung der Einheitsfront des Proletariats als Klasse werden.

Die Möglichkeit der Abwehr imperialistischer Kriege und verstärkter kapitalistischer Ausbeutung ist die Frage der nationalen und internationalen Einheit der Arbeiter in ihren Klassenorganisationen, in den Gewerkschaften.

Daß der Massenaufmarsch des deutschen Proletariats gegen die imperialistische Kriegsgefahr am 2. August seine Auswirkung findet in dem verstärkten Drängen breiter Massen sozialdemokratischer und parteiloser Arbeiter in der Frage der Herbeiführung der internationalen Gewerkschaftseinheit — das ist das Ziel und das praktische Ergebnis der Aufgabe, die wir zu lösen haben.

Die Frage der Einheit der Gewerkschaften ist kein statisches Mandat, als das es die verbliebenen demagogischen Reformisten hinzustellen versuchen, wenn von den Kommunistischen Arbeitern die Frage der Kriegsgefahr und ihre Abwehr in den Gewerkschaften auf die Tagesordnung gestellt wird. Es ist für das Proletariat eine Frage um Sein oder Nichtsein.

Gerade in diesen Tagen, da in Breslau der Bundestag des IGBB zusammentritt, haben wir zu erkennen, von welcher ungeheuren Bedeutung die Tatsache ist, daß die Reformisten die wirtschaftlichen Organisationen der Arbeiter und damit diesen Kongreß beherrschen. Es dürfte für uns kein treffenderes Beispiel geben, um die Aufgabe der Partei zu analysieren und die Notwendigkeit der unverzüglich verstärkten Arbeit in den nichtparteilichen Gewerkschaften, vor allem aber in den Gewerkschaften zu zeigen, als die Behandlung der Frage der Kriegsgefahr und die Frage der internationalen Gewerkschaftseinheit, wie sie der Breslauer Gewerkschaftskongreß behandeln wird. Gerade diese Tatsache, daß die Frage der nationalen und internationalen Gewerkschaftseinheit nur gegen den Willen und den schärfsten Widerstand aller Reformisten und der sozialdemokratischen Führer wider und unter größter Anstrengung werden muß, gibt uns alle Veranlassung, den Bundestag des IGBB und den Bund der Gewerkschaftsdelegierten die größte Beachtung zu widmen. Der Delegierten für die von uns zu leistende Arbeit ist über das Ergebnis der Delegiertenwahlen in den verschiedenen

## Massenaufmarsch gegen den imperialistischen Krieg

Berlin, 16. Juli. (Eigene Drahtmeldung.) Das gestern beginnende Massenmeeting in der „Neuen Welt“, das auf den 10. Parteitages von der KPD einberufen war, ist im Wesentlichen auf dem Wege der Organisation der Revolution gelaufen. 20 000 Arbeiter folgten dem Ruf der KPD. Tausende besetzten den Anmarsch der roten Frontkämpfer vom Ringelstraße-Kaiser-Friedrich-Straße Berlin bis zur „Neuen Welt“. Inzwischen, die quer über die Straße gezogen waren, rote Fahnen aus den Fenstern der Wohnungen in den proletarischen Stadtteilen: das waren die anderen Zeichen für den großen Vorkampf des internationalen Gedankens. Im Saal fanden die Massen während der Ansprachen. Es waren ein französischer und ein chinesischer Genosse, ein Vertreter der Partei, der Berliner Arbeiterfront, der Arbeiterfront Deutschlands und des Erzgebirges, ein Vertreter der Jugend und ein Vertreter des Jung-Parteiländer-Bundes, ein Vertreter von Rot Front und der roten Hilfe. Sie legten alle ihre persönlichen Beiträge der verammelten Berliner revolutionären Arbeiterfront als Geldbotschaft ab:

- 1. Nicht mit dem imperialistischen Krieg gegen China und Marokko!
- 2. Nicht mit den Feinden Sowjetrußland!
- 3. In die der Kampf der 2. Internationale!
- 4. In die die Organisation der Revolution unter der roten Front!
- 5. In die die rote Front in den Betrieben und Gewerkschaften gegen den Ansturm des Imperialismus und Kapitalismus!

## Gegen den Betrug der Inflationsopfer

Berlin, 16. Juli. (Eigene Drahtmeldung.) Die kommunistische Reichstagsfraktion gab vor der Schlußabstimmung des Reichstages folgende Erklärung ab: Nachdem mit der Annahme des Aufwertungsgesetzes das Aufwertungsprogramm der Regierungsparteien von den Deutschnationalen bis zum Zentrum vom Reichstag angenommen ist, haben auch die Parteien, die heute als Oppositionsparteien an der Reichstags-Sitzung teilnehmen, um dem Präsidenten Hindenburg gegenüber ihre Aufwertungsprogramme zu Protokoll gegeben. Die Kommunistische Partei wird jeden Schritt unterstützen, der geeignet ist, um das Infamie, den Inflationsopfern von der Reichstags-Sitzung der großkapitalistischen Regierungspolitik zu bestrafen, die Rechte der Entrechteten wieder herzustellen und den wahren Schuldigen eine wirkliche Unterwerfung ihrer Lebenslage zuzufügen zu helfen. Insbesondere wird sie auch für den Wahrung der Rechte auf Auswertung des Geldes statuten, um dem Präsidenten Hindenburg gegenüber zu geben, seine Maßnahmen gegenüber den Inflationsopfern nicht zu machen. Die Kommunistische Partei erklärt aber im voraus, daß die Maßnahmen, wie alle wirklich wichtigen politischen Fragen, der Frage des Klassenkampfes sind, die nur im Geiste der proletarischen Revolution gelöst werden kann, wenn auch Errichtung der proletarischen Diktatur und der darauf beruhenden Errichtung der Sozialistischen Gesellschaften im Sinne der Arbeiterfront des ränderischen Sozialismus jernahmen-

den Schritten eine neue, gerechte und bessere Lebensordnung verwirklicht wird.

## Hindenburg-Amnestie

Berlin, 16. Juli. (Eigene Drahtmeldung.) Der Schieber Kulisser ist aus der Haft entlassen worden.

## Hungertreue in Stadelheim

München, 16. Juli. (Eigene Drahtmeldung.) Die seit dem 19. Januar d. J. im Gefängnis in München-Stadelheim befindlichen Genossen sind am Montag, den 13. Juli, in den Hungertreue getreten. Seit einigen Monaten drangallert man die Genossen nach allen Regeln der heutigen Klassenjustiz, um in dem Verfahren gegen Meier und Genossen den Prozeß führen zu können. Das dürftige Material langt noch nicht aus, um die Genossen der Gerechtigkeit aus Meier zu liefern. Deshalb mußten besondere Methoden gefunden werden, um die Genossen gefügig zu machen. Die Genossen wehren sich dagegen mit Recht.

## Das Einkommensteuergesetz

Berlin, 15. Juli. Der Steueraussschuß des Reichstages nahm zum Einkommensteuergesetz noch eine ganze Anzahl von Entwürfen an, darunter eine Vorrichtung, wonach sich bei Steuerpflichtigen, deren Einnahmen den Betrag von 15 000 Mark nicht übersteigen, bei Versicherungsprämien und Sparsparnissen, zu denen sich der Steuerpflichtige in den Jahren 1923 bis 1924 verpflichtet hat, der abzugshfähige Betrag auf 100 Mark erhöht. Der abzugshfähige Betrag wird auf 500 Mark erhöht, wenn der Steuerpflichtige mehr als 50, aber nicht mehr als 55 Jahre alt ist. Er erhöht sich auf 1200 Mark, wenn der Steuerpflichtige mehr als 55, aber nicht mehr als 60 Jahre alt ist, und erhöht sich schließlich auf 1400 Mark, wenn der Steuerpflichtige über 60 Jahre alt ist. Vieles gilt aber nicht, wenn der Steuerpflichtige einen Anspruch auf eine Anwartschaft auf Ruhegehalt oder andere wiederkehrende Bezüge von mehr als 2000 Mark im Jahre hat.

## Verzögerung des Kampfes der Berliner Gemeindeführer

Berlin. Im Lohnstreik bei den städtischen Gas- und Wasserwerken haben den ganzen Tag Verhandlungen stattgefunden, um den Ausbruch des mit überwiegender Mehrheit beschlossenen Streiks zu verhindern. Die Direktion, von denen jeder 2500 bis 3000 Mark Monatsgehalt bezieht, behen in der bürgerlichen Abendpresse gegen die Arbeiter und wußten die Bevölkerung mit dem Hinweis auf die Folgen der Lahmlegung der Gas- und Wasserversorgung auf. Dabei steht fest, daß von den Gewerkschaften alle Mittel erschöpft werden, um den Streik ausbruch zu verhindern. Der Hauptvorwand hat dem Streikbeßlich der Funktionärverarmung noch nicht die katastrophal notwendig Sanftien gegeben, sondern ist in neue Verhandlungen eingetreten. Der Erfolg war der, daß die Direktion gegenüber der Forderung der Arbeiterfront auf 20 Pf. Lohnhöhung ihr Zugeständnis von 2 Pf. Erhöhung auf 4 Pf. freigelegt, dafür aber den Abschluß des Tarifes bis 31. November forderte. Die Erregung der Arbeiterfront über diese Zumutung ist ungeheuer. Am Donnerstag abend findet eine neuerliche Vollversammlung der Funktionäre statt, in der die weiteren Schritte beschlossen werden sollen. Der sozialdemokratische Parteipräsidenten dringt immer härter mit dem Einlay der Technischen Komitee und erriet dafür das begeisterte Lob der städtischen „Deutschen Zeitung“.